Nummer 511

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Sonnabend, 1. November 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman sowie Aktuelle Fragen aus dem Wirtschaftsrecht.

Für Manuskripte keine Verantwortung

Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jäger, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Herbert Reniner. Inseratenteil: i. V.: R. Lorenz, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.). Die Zeitung erscheint i. d. Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungspediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Deutschland, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $, Frankreich 155 frans. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, Norwegen 28 norweg. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 span. Peseten, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 66 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Abbau der Tarife

bei Reichsbahn und Reichspost gefordert.

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Berlin hat sich in ihrer gestrigen Sitzung auch mit der Möglichkeit des Abbaues der Tarife von Reichspost und Reichsbahn beschäftigt. Nach Ansicht der Kammer steht diese Frage in Anbetracht des hohen Anteils der Beförderungskosten an den Gestehungskosten der Ware im Zusammenhang mit den gesamten Bestrebungen auf Preisabbau. Deshalb müsse im Interesse einer Belebung der Wirtschaft mit allen Mitteln, selbst unter gewissen Opfern seitens der Reichspost und Reichsbahn nach einer baldigen Erleichterung auf diesem Gebiete gestrebt werden. Hierzu seien in erster Linie Mittel zu verwenden, die auf der Ausgabeseite freiwerden. Die Verkehrskommission der Kammer wurde beauftragt, Vorschläge für etwaige Tarifsenkungen auszuarbeiten.

*

Die Anregung der Berliner Industrie- und Handelskammer, die Möglichkeit einer Tarifsenkung seitens der Reichsbahn und der Reichspost zu prüfen, ist grundsätzlich sehr zu begrüßen. Was die Reichsbahn angeht, so dürften allerdings hierfür vorläufig die Voraussetzungen fehlen. Wir hatten bereits in B. B.-Z. Nr. 496 ausführlicher darauf hingewiesen, daß der wichtigste Selbstkostenfaktor der Personaletat der Reichsbahn ist, der zunächst keine durchgreifende Senkung erfahren kann. Daneben wurde der Einnahmeausfall des laufenden Jahres angeführt, der die Höhe von etwa 700 Millionen Mark erreichen dürfte. Der Hinweis der Handelskammer auf den hohen Anteil der Beförderungskosten an den Gestehungskosten der Ware ist gleichfalls geeignet, falsche Hoffnungen zu erwecken. An Hand einiger Beispiele wurde in dem erwähnten Artikel aufgezeigt, daß bei einer Anzahl wichtigster Bedarfsgüter der Frachtanteil minimal ist.

Bei der Reichspost liegen die Verhältnisse zweifellos etwas günstiger, jedoch ist auch hier fraglich, ob die infolge der Depression der Wirtschaft eingetretenen Einnahmerückgänge eine allgemeine Tarifsenkung noch gestatten, sofern nicht im Ausgabenetat sich noch Ersparnisse erzielen lassen.

Weitere Preissenkung für Hausbrandbriketts

Verringerte Handelsspannen im Berliner Brikettthandel.

Die Verhandlungen im Preußischen Handelsministerium über die Senkung der Kleinverkaufspreise von Hausbrandbriketts haben dazu geführt, daß die von dem Braunkohlenbergbau zugestandene Senkung der Preise in vollem Umfange den Konsumenten zugute kommt und darüber hinaus die Handelsspanne verringert wird. Der Berliner Kohlenhandel hat sich bereit erklärt, unter Verzicht auf die in Aussicht genommenen Winterpreise die bisherige Notierung für die Monate November und Dezember wie folgt zu senken. Es wird ermäßigt der Preis für gepackte Salonbriketts von 1,85 Mk. auf 1,78 Mk., geschüttete Salonbriketts von 1,81 Mk. auf 1,74 Mk. und für Halbsteine von 1,81 Mk. auf 1,78 Mk. je Zentner frei Haus.

Um die Senkung der Fleischpreise.

Bei der am Freitag im Reichsernährungsministerium stattgefundenen Besprechung mit Vertretern des Fleischergewerbes hat sich das Fleischergewerbe bereit erklärt, in Zusammenarbeit mit den amtlichen Stellen, besonders der Reichsforschungsstelle für das landwirtschaftliche Marktwesen, in kürzester Zeit die Unterlagen für die sachliche Klärung der Preisbildung für Fleischwaren zu schaffen. Dabei ergab sich, daß sich auch das Fleischergewerbe voll bewußt ist, daß im Hinblick auf die Ueberzeugung an Schweinen der Absatz von Schweinefleisch ganz besonders gefördert werden müsse.

Die Länder zum Programm der Reichsregierung.

Brüning und Dietrich reisen heute nach Dresden.

Amtlich wird mitgeteilt: Reichskanzler Dr. Brüning begibt sich am 1. November in Begleitung des Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Dr. Pünder, nach Dresden, um der sächsischen Staatsregierung seinen Besuch abzustatten. Er benutzt seine Anwesenheit in Dresden dazu, um in gleicher Weise, wie dies mit den übrigen Ländern bereits geschehen ist, zur Vorbereitung der in der kommenden Woche beginnenden Beratungen des Reichsrats die Hauptfragen des Wirtschafts- und Finanzplanes der Reichsregierung zu erörtern. Aus diesem Grunde schließt sich auch der Stellvertreter des Reichskanzlers, Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, der Reise an.

Die bisherigen Besprechungen des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers mit den Vertretern einer Reihe von deutschen Ländern haben, wie die TU in Bestätigung der Mitteilungen in unserem gestrigen Abendblatt erfährt, in Regierungskreisen durchaus den Eindruck hinterlassen, daß bei aller Kritik der Länder dennoch die Beratungen des Reichsrats im wesentlichen ohne Schwierigkeiten vor sich gehen könnten.

Kritische Streitfragen in Genf.

Neue deutsche Abrüstungsanträge.

Englands Kolonienraub vor dem Mandatsausschuß.

TU Genf, 31. Oktober.

Im November finden besonders bedeutsame Tagungen von Ausschüssen des Völkerbundes statt, in denen die gegensätzlichen Auffassungen erneut zu Tage treten werden. Es handelt sich um die am 4. November beginnende Tagung des Mandatsausschusses und um die am 6. ihren Anfang nehmende abschließende Zusammenkunft des vorbereitenden Abrüstungsausschusses.

Der Mandatsausschuß wird sich nach einer amtlichen Mitteilung mit dem englischen Plan einer engeren Zoll-, Fiskal- und Verwaltungsunion zwischen dem Mandatsgebiet Tanganjika sowie den anliegenden englischen Kronkolonien Kenya und Uganda befassen.

Damit gelangen die in der Oeffentlichkeit so viel erörterten Vorschläge im Mandatsausschuß zur Verhandlung, nach denen ohne Berücksichtigung der Mandatsverträge praktisch eine Eingliederung des Mandatsgebietes Tanganjika in die englischen Kronkolonien herbeigeführt werden soll.

Der Mandatsausschuß wird sich ferner mit den Berichten der Mandatsregierungen über die Verwaltung von Irak, Kamerun, Togo, Ruanda-Urundi, Ostsamoa sowie dem japanischen Mandatsgebiet auf den Pazifischen Inseln befassen. Ferner gelangen einige Sonderfragen, die wirtschaftliche Gleichheit in den Mandatsgebieten, der Spiritusenhandel und die allgemeinen Bedingungen der Aufhebung eines Mandats zur Verhandlung.

Verhandlungsgegenstand der Tagung des **Abrüstungsausschusses** ist die Herstellung eines Abkommensentwurfes für die allgemeine Abrüstung. Zur Verhandlung gelangen nach dem Arbeitsprogramm 13 technische Fragen, die jedoch eine Aufrollung der grundsätzlichen Fragen des Abrüstungsproblems, besonders die Herabsetzung der ausgebildeten Reserven und des Kriegsmaterials, ermöglichen.

Man erwartet, daß verschiedene Regierungen neue Anträge stellen werden. Auch die deutsche Regierung wird, wie verlautet, zu einzelnen Punkten neue Anträge einbringen.

An den Verhandlungen des Abrüstungsausschusses nehmen die Vertreter von 32 Regierungen und von den Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes die Vereinigten Staaten, Sowjetrußland und die Türkei teil.

Im Laufe des Monats November tritt ein Sonderausschuß des Finanzausschusses des Völkerbundes für die Prüfung der Goldfrage sowie ein weiterer Ausschuß für die Vereinheitlichung der Nomenklatur zusammen. Ferner beginnt am 17. November die europäische Regierungskonferenz, die in Fortsetzung der im vorigen März geführten Zollwaffenstillstandsverhandlungen über das Inkrafttreten des damals abgeschlossenen Zollwaffenstillstandes verhandeln und insbesondere das Programm der weiteren europäischen wirtschaftlichen Verständigungsverhandlungen ausarbeiten soll.

Paneuropa-Ausschuß zum Januar einberufen

Nur noch Erörterung von Wirtschaftsproblemen.

Das Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlicht soeben ein Schreiben des Generalsekretärs an sämtliche Mitgliedsregierungen des Völkerbundes, demzufolge der auf Grund der französischen Vorschläge eingesetzte europäische Studienausschuß während der nächsten Tagung des Völkerbundsrates einberufen wird, die am 19. Januar in Genf beginnt. Da der Generalsekretär des Völkerbundes, der gleichzeitig Generalsekretär des europäischen Ausschusses ist, Ende November auf vier Monate nach Südamerika reist, wird die zweite Tagung des europäischen Ausschusses unter Führung des französischen Außenministers Briand als Präsidenten und des französischen stellvertretenden Generalsekretärs des Völkerbundes, Avenol, stehen.

In Genf verstärkt sich der Eindruck, daß der europäische Ausschuß sich im Januar im wesentlichen darauf beschränken wird, einige allgemeine Wirtschaftsprobleme den europäischen Regierungen zur Prüfung zu empfehlen, ohne jedoch die politische Seite des europäischen Problems zu berühren. Damit dürfte sich die Auffassung der englischen Regierung durchsetzen.

Der ursprüngliche französische Plan einer politischen europäischen Staatenorganisation auf der Grundlage der Friedensverträge scheint mithin zunächst stark in den Hintergrund gerückt zu sein.

* * *

Gibsons Vermittlungsversuch.

Unterredung mit Mussolini und dem Außenminister.

EP Rom, 31. Oktober.

Der vom Präsidenten Hoover mit einer Vermittlungsaktion für ein Flottenabkommen zwischen Italien und Frankreich betraute erste Delegierte der Vereinigten Staaten in der vorbereitenden Abrüstungskommission, Botschafter Gibson, ist in Rom eingetroffen. Gibson hatte bereits im Palazzo Chigi eine längere Unterredung mit dem Minister des Aeußern, Grandi.

Anschließend hieran wurde Gibson auch von Mussolini empfangen. Ueber diese Unterredung wird gleichfalls Stillschweigen bewahrt.

Das dem Palazzo Chigi nahestehende „Giornale d'Italia" will aus amerikanischer Quelle erfahren haben, daß Gibson keine außergewöhnliche Mission habe. Vor der Wiederaufnahme der Abrüstungsberatungen in Genf wolle er lediglich den Standpunkt der wichtigsten europäischen Flottenmächte kennen lernen. Seine Pariser und Römer Unterredung hätten also nur einen informativen Charakter. Gibson habe keinerlei Mandat der Vermittlung oder der Versöhnung.

*

Es ist natürlich anzunehmen, daß die Wallstreet-Diplomaten, die an einer weiteren Erschwerung der Weltgeschäftslage gar kein Interesse haben, rechtzeitig bei den alliierten „Schuldner"regierungen Fühlung genommen und sozusagen für die offizielle amerikanische Diplomatie Schrittmacher gewesen sind. Andererseits dürfte in Rom angesichts der schwierigen Wirtschaftslage — trotz aller hochgemuten Gesten — einige Geneigtheit zu Kompromissen bei wohlwollender amerikanischer Vermittlung bestehen. Und in Paris ist es kaum anders.

Was zu erwarten war . . .

Auch die neue dänische Abrüstungsvorlage aussichtslos.

TU Kopenhagen, 31. Oktober.

Da die Abrüstungsvorschläge, d. h. die Militärvorlage der Regierung Staunig, bisher auf keine Gegenliebe bei der Venstre-Partei gestoßen sind, befürchtete man, daß die Vorlage auch diesmal wieder scheitern werde. Jetzt wird nun bekannt, daß der Ministerpräsident an die Venstre-Partei herangetreten ist, um vertrauliche Einigungsverhandlungen einzuleiten. Ob eine Einigung möglich sein wird, ist fraglich.

Der Einzug des bulgarischen Königspaares in Sofia.

Unbegründete Attentatsgerüchte.

Sofia, 31. Oktober.

König Boris und Königin Johanna sind um 10 Uhr in Sofia eingetroffen. Bei der Einfahrt des Sonderzuges wurde die Nationalhymne gespielt. Der König in Generalsuniform und die Königin stiegen lächelnd aus und wurden mit begeisterten Beifallskundgebungen empfangen. Ministerpräsident Liapitscheff, der in Begleitung aller Mitglieder der Regierung erschienen war, hieß das Herrscherpaar willkommen, während aus der Ferne Geschützdonner der auf den Straßen stehenden ungeheuren Menschenmenge die Ankunft des Königs und der Königin anzeigte.

Nach den üblichen Vorstellungen im Empfangssaal des Bahnhofs, wo sich das Königspaar einige Augenblicke ausruhte, begab sich der Zug nach der Kathedrale. Polizei und Militär bildeten Spalier. Die Rufe „Es lebe der König", „Es lebe die Königin" nahmen kein Ende. Vor einem Triumphbogen, wo der Bürgermeister und die Gemeinderäte von Sofia Aufstellung genommen hatten, machte der Zug halt. Nach der Begrüßungsansprache des Bürgermeisters fehlen der König und die Königin ihren Weg nach der Kathedrale fort, wo sie unter dem Geläut aller Glocken empfangen wurden. Der orthodoxen Hochzeitsfeier wohnten 3000 geladene Gäste, darunter die Minister, die Generalität und das diplomatische Korps, bei. Zu gleicher Zeit fanden in den Kirchen aller Städte und Dörfer Bittgottesdienste für das Königspaar statt. Unter Glockengeläut traten der König und die Königin die Fahrt zum Schloß an, wo der König die Parade über 7000 Mann aller Waffengattungen abnahm.

Zu der im Auslande verbreiteten Meldung, gegen den Eisenbahnzug des Königs Boris sei gestern angeblich ein Attentatsversuch in der Nähe von Philippopel unternommen worden, teilt die Bulgarische Telegraphenagentur mit, daß diese Meldung auf freier Erfindung beruht.

Die Gegensätze in der Arbeiterpartei.

Mißtrauensantrag im Unterhaus abgelehnt.

EP London, 31. Oktober.

Der linke Flügel der Arbeiterpartei ist heute zum erstenmal in der neuen Sezession zum Angriff gegen die Regierung übergegangen. Das Mitglied der unabhängigen Arbeiterpartei, Jowett, brachte einen Zusatzantrag zur Thronrede ein, worin der linke Flügel der Partei sein lebhaftes Bedauern darüber zum Ausdruck bringt, daß das Regierungsprogramm keine Vorschläge enthalte, die auf eine Reorganisation der englischen Industrie, der Landwirtschaft und des Bankwesens auf sozialistischer Grundlage hinauslaufe. Dieser Zusatzantrag, der in parlamentarischen Kreisen als Mißtrauensantrag gegen die Macdonald-Regierung aufgedeutet wurde, fand jedoch mit 156 gegen 11 Stimmen Ablehnung.

Die Hölle auf Erden.

Blut und Tränen in der Ukraine.*)

Von

René Kraus.

Das Gewissen Europas hat einen beneidenswert gesunden Schlaf. Seit zwölf Jahren appelliert eine zur Auskrottung verurteilte Nation an die Humanität unseres Kulturkreises — und wenn nicht hie und da, überaus zurückhaltend und matzvoll übrigens, der Kanadier Dandurant, der noch Europens übertünchte Höflichkeit nicht kannte, im Völkerbund Andeutungen über das Los der Ukrainer gemacht hätte, wüßte die Weltöffentlichkeit heute noch nicht recht, daß sieben Millionen Menschen, im geschlossenen Siedlungsgebiet von Ostgalizien und Wolhynien lebend, vom polnischen System planmäßig und zielbewußt vernichtet werden, mit einer Grausamkeit, die vielleicht nur in den armenischen Christenmassakers ihresgleichen findet.

*

Die armenischen Christenverfolgungen haben die berechtigte Empörung der gesamten Kulturwelt, namentlich der anglikanischen, hervorgerufen. Sie haben den Völkerbund zu seiner bekannten Hilfsaktion veranlaßt, die mit dem Namen Fridtjof Nansen leuchtend verbunden bleibt. Das war in Asien. Daß Aehnliches in Europa geschieht, hat sich in Genf freilich noch nicht herumgesprochen. Nicht ein einziger von den Hilferufen der Ukrainer wurde vom Völkerbundssekretariat dem Rat oder der Vollversammlung auch nur vorgelegt. Ungehört verhallte die Denkschrift, die der Verband ukrainischer Abgeordneter und Senatoren im Warschauer Sejm veröffentlichte. Die Vertreter der ukrainischen Minderheit, die sich an der maßgebenden Stelle der Genfer Bürokratie nach dem Schicksal ihrer großen zusammenfassenden Petition erkundigten, erhielten die Antwort: diese sei, ein ganz unerklärlicher Vorgang, spurlos in irgend einem Papierkorb verschwunden . . . Mittlerweile wurde auch der Kanadier Dandurant, der selbst Franzose ist, und zwar Vertreter der französischen Minderheit in Kanada — alle Genfer Stammgäste kannten den alten Herrn als einen der wenigen gentlemen der Weltpolitik — durch einen anderen kanadischen Delegierten ersetzt, der nicht gesonnen scheint, sich wie sein Vorgänger lediglich einem gemarterten kleinen Volk in einem fremden Erdteil zuliebe besonders zu exponieren. So ist es ganz still geworden um das Los der Ukrainer. Und diese Stille nützt das polnische System seit ungefähr drei Monaten, genauer seit Mitte August, zum blutigen Endkampf gegen die größte Minderheit im Staate. Seit diesen drei Monaten erstickt eine wildgewordene Soldateska das Land in einem Meer von Blut und Tränen. „Strafexpeditionen", über die noch vor Jahr zu sagen sein wird, ziehen von Dorf zu Dorf. In den ersten Novembertagen, die nun bevorstehen, wird diese militärische Barbarei aller Voraussicht nach ihren Höhepunkt erreichen. In diesen Tagen will das ukrainische Volk das zwölfjährige Gedenken der Errichtung jener unabhängigen ukrainischen Republik feiern, die — was Wunder? — von den Machthabern von Versailles und später von der Botschafterkonferenz Polen ausgeliefert wurde. Es wird ein Jubiläum sein, wie dieses Jahrhundert keines sah.

*

Die deutsche Oeffentlichkeit, überbelastet von eigenem Leid und eigenen Lebensnöten, hat sich bisher wenig mit diesen Vorgängen im Osten beschäftigt. Wenn draußen, weit in der Türkei, die Völker aufeinanderschlagen . . . Das ist so ziemlich unser Standpunkt gewesen. Es muß einmal ausgesprochen werden, daß solcher Standpunkt wenig weitsichtig ist. Im Kampf um die Ukraine entscheidet sich vielleicht das Schicksal Osteuropas, bestimmt das Schicksal der polnischen Republik. Ueber die Rückwirkungen solcher Entscheidungen von wahrhaft säkularer Bedeutung auf Deutschland zu sprechen, erübrigt sich. Besonders aber sei auf die Schicksalsgemeinschaft hingewiesen, die alle Minderheiten in Polen verbindet. Wenn auch die Deutschen in Polen aus Loyalität gegenüber dem Staat in den ein unseliges Schicksal sie hineingepreßt hat, darauf verzichtet haben, bei diesen Wahlen gemeinsame Listen mit den ukrodentistischen Ukrainern aufzustellen — ein großer Beweis von Loyalität, der von Warschau, wie die brutale Unterdrückung jeder deutschen Wahlpropaganda beweist, wahrhaftig nicht belohnt wird —, so ist es doch klar, daß mit dem Schicksal der kompakten ukrainischen Minderheit sich jenes aller Minderheiten in der polnischen Republik entscheidet. Es geht um die Frage, ob in Polen, in dem das Staatsvolk selbst nur die Minderheit der Bevölkerung darstellt, alle anderen Menschen rechtlos sein können. Es geht darum, die primitivsten Menschenrechte

*) Vgl. den Leitartikel „Der Aufstand in der Ukraine" in Nr. 468 der B. B.-Z. vom 7. Oktober 1930.